

Die BfM-Fraktion erläutert ihren Antrag zur Aufhebung der Straßenbaubeiträge.

Die CDU-Fraktion weist darauf hin, dass das System der Straßenbaubeiträge geschaffen wurde, um einen Ausgleich zwischen Anwohnern und Öffentlichkeit zu erreichen. Bei einer Änderung dieser Vorgehensweise sind Mindereinnahmen für die Kommunen auszuschließen. Eine Kompensation nur aus Landesmitteln ist jedoch nicht gerechtfertigt und ungerecht. Ein entsprechender Antrag zur Modernisierung der Straßenbaubeiträge wurde bereits 2018 eingebracht. Der vorliegende Resolutionsvorschlag ist daher zu kurzgegriffen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sehen einen prägnanten und bürgerfreundlichen Antrag und stellen fest, dass die bestehende Regelung Schwächen hat. Eine gerechtere und transparentere Lösung ist das Ziel. Die Abschaffung der Straßenbaubeiträge wäre schnell und einfach umzusetzen, aber die Mittel müssen zur Verfügung stehen. Diese sind aber nicht sichergestellt.

Die SPD-Fraktion stellt klar, dass die Kommunen auf jeden Fall finanziell abgesichert sein müssen. Da zum Thema Straßenbaubeiträge eine Anhörung im Landtag ansteht, sollte man diese zunächst abwarten.

Das Ratsmitglied Koll stellt nach Abschluss der Debatte den Antrag auf geheime Abstimmung. Dafür sprechen sich insgesamt 6 Ratsmitglieder aus, so dass das erforderliche Quorum nicht erreicht wird.

Es folgt daher eine öffentliche Abstimmung ohne Beteiligung der UWG-Fraktion.